# ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

In dieser Kurzdarstellung geht es um die Ziele der Gesundheitspolitik der EU und es wird der Kontext erklärt, in dem sie sich entwickelt hat. Es werden die wichtigsten Erfolge der EU bei der Gesundheitsförderung und der Prävention von Krankheiten vorgestellt. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Krebserkrankungen und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Infektionskrankheiten und grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren. Thema sind auch die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und die Notwendigkeit, den Zugang zu kritischen Arzneimitteln sicherzustellen. Außerdem werden die jüngsten Entwicklungen bei den politischen Maßnahmen zu elektronischen Gesundheitsdiensten und Biotechnologie vorgestellt.

## RECHTSGRUNDLAGE

— Im **Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union** wird das Thema öffentliche Gesundheit in Artikel 168 behandelt. Artikel 114 ist eine der Rechtsgrundlagen für EU-Rechtsvorschriften über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen. Artikel 153 wiederum bildet die Rechtsgrundlage für mehrere EU-Richtlinien im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

— Gemäß Artikel 35 der **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** hat jede Person das Recht auf Zugang zu Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung im Rahmen der nationalen Gesundheitssysteme.

## ZIELE DER GESUNDHEITSPOLITIK DER EU

Für die Organisation und Bereitstellung von Gesundheitsdiensten und medizinischer Versorgung sind in erster Linie die nationalen Regierungen der EU-Länder (EU-Mitgliedstaaten) verantwortlich. Die Gesundheitspolitik der EU ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten. Sie zielt darauf ab,

— die Gesundheit der Menschen in der EU zu schützen und zu verbessern,

— die Modernisierung und Digitalisierung der Gesundheitssysteme und der Gesundheitsinfrastruktur voranzutreiben,

— die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme in der EU zu verbessern und

— den EU-Mitgliedstaaten die Werkzeuge an die Hand zu geben, die sie brauchen, um künftige Pandemien zu verhindern und auf sie reagieren zu können.

## ENTWICKLUNG DER GESUNDHEITSPOLITIK DER EU

Durch Änderungen der Gründungsverträge der EU in den 1990er Jahren gewann das Thema öffentliche Gesundheit in der EU-Politik an Bedeutung. Dank dem Recht auf Freizügigkeit können sich sowohl Patientinnen und Patienten als auch Angehörige

der Gesundheitsberufe frei zwischen den EU-Mitgliedstaaten bewegen. Außerdem machen schwerwiegende Gesundheitsprobleme häufig nicht vor Grenzen halt und haben soziale und wirtschaftliche Folgen für die EU.

Zur Gestaltung der Gesundheitspolitik der EU tragen zwei spezialisierte Agenturen bei:

— Die **Europäische Arzneimittel-Agentur** wurde 1995 eingerichtet, um Arzneimittel zu bewerten, ihre Anwendung in der EU zu kontrollieren und ihre Sicherheit zu überwachen.

— Das 2004 gegründete **Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten** sammelt Daten über Infektionskrankheiten, bewertet Risiken und stellt Leitlinien bereit. Damit hilft es den Ländern, Ausbrüche und Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit zu verhindern und auf sie zu reagieren.

Das Programm EU4Health (2021–2027) wurde geschaffen, um langfristige Herausforderungen im Gesundheitsbereich zu bewältigen, indem die Gesundheitssysteme stärker, widerstandsfähiger und zugänglicher gemacht werden. Es wurde als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und zur Verbesserung der Krisenvorsorge in der EU eingeführt. Sein Schwerpunkt liegt auf gemeinschaftlicher Resilienz und grenzüberschreitender Gesundheitssicherheit, und es ebnet den Weg zu einer Europäischen Gesundheitsunion.

Die **Europäische Gesundheitsunion** ist ein politischer Rahmen mit folgenden Schwerpunkten:

— Vorbereitung auf künftige Gesundheitskrisen und grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren,

— Modernisierung des EU-Arzneimittelrechts, um den Zugang der Menschen zu erschwinglichen und innovativen Arzneimitteln zu verbessern,

— Prävention und Erkennung von Krebs und Bereitstellung einer hochwertigen Versorgung für Menschen, die an Krebs leiden,

— Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für die Nutzung und den Austausch elektronischer Gesundheitsdaten in der gesamten EU (europäischer Raum für Gesundheitsdaten).

Die EU befasst sich außerdem mit der globalen Gesundheit. In letzter Zeit hat sie ihr Engagement auf diesem Gebiet im Rahmen der Initiative für Resilienz im Bereich der globalen Gesundheit verstärkt.

## ERFOLGE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN DER GESUNDHEITSPOLITIK

### A. Gesundheit in allen Politikbereichen und „Eine Gesundheit“

Im Jahr 2006 wurde der Ansatz „Gesundheit in allen Politikbereichen“ formuliert. Das ist ein Ansatz, bei dem die Auswirkungen aller Politikbereiche auf die Gesundheit einbezogen werden, nicht nur derjenigen, die sich ausdrücklich mit der öffentlichen Gesundheit befassen. Im Einklang mit Artikel 9 und Artikel 168 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 35 der Charta sollten

Auswirkungen auf die Gesundheit bei allen politischen Entscheidungen auf EU-, nationaler und lokaler Ebene berücksichtigt werden.

Wie der Ansatz „Gesundheit in allen Politikbereichen" in der Praxis aussieht, zeigen die folgenden aktuellen Beispiele:

— Mit dem Null-Schadstoff-Aktionsplan soll ein saubereres und gesünderes Lebensumfeld geschaffen werden.

— Das Programm EU4Health (2021-2027) trägt in Verbindung mit anderen Fonds und Programmen dazu bei, Gesundheitsfragen aus unterschiedlichen Perspektiven anzugehen.

— Eine Reihe von Maßnahmen zielt darauf ab, den gesundheitsschädlichen Folgen des Klimawandels vorzubeugen. Zu diesen zählen unter anderem die steigende Zahl der Todesfälle infolge von Hitzewellen und Naturkatastrophen, die sich verändernden Übertragungsmuster von durch Wasser übertragenen Krankheiten und Krankheiten, die durch Insekten, Schnecken und andere wechselwarme Tiere übertragen werden.

Der Ansatz „Eine Gesundheit" ist ein integrierter, einigender Ansatz, mit dem die Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen nachhaltig ins Gleichgewicht gebracht und optimiert werden soll. Es geht unter anderem um die Prävention von Krankheiten, die direkt oder indirekt zwischen Tieren und Menschen übertragen werden. Außerdem sollen antimikrobielle Resistenzen verringert werden. Bei einer antimikrobiellen Resistenz sprechen Bakterien, Viren, Pilze und Parasiten nicht mehr auf Arzneimittel an, die zu ihrer Prävention oder Behandlung angewendet werden.

## B. Prävention von Krankheiten und Gesundheitsförderung

Die EU-Initiativen in diesem Bereich konzentrieren sich auf die Prävention übertragbarer (also ansteckender) und nicht übertragbarer Krankheiten, einschließlich Krebs, und die Verringerung von antimikrobiellen Resistenzen.

### 1. Krebs

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache in der EU. Die Auswirkungen von Krebserkrankungen gehen über die individuelle und familiäre Ebene hinaus, da sie auch die Gesundheitsversorgungssysteme und die gesamtwirtschaftliche Produktivität betreffen. Die EU bekämpft Krebs im Rahmen mehrerer Initiativen:

— Europas Plan gegen den Krebs aus dem Jahr 2021 umfasst Prävention, Frühdiagnose, Behandlung und Nachbehandlung.

— Im Jahr 2022 legte die Europäische Kommission einen **neuen Ansatz für Krebsscreenings** vor, um die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen zu fördern. Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass 90 % der Menschen in der EU, die für Vorsorgeuntersuchungen auf Brust-, Darm- und Gebärmutterhalskrebs infrage kommen, bis 2025 solche Untersuchungen angeboten bekommen.

— Zur Unterstützung der politischen Entscheidungsträger und als Orientierungshilfe für Investitionen in den Kampf gegen Krebs werden länderspezifische Krebsprofile veröffentlicht. Darin werden die Errungenschaften, Herausforderungen und

Unterschiede bei der Versorgung von Krebskranken in den einzelnen EU-Ländern beleuchtet.

— Der Europäische Kodex zur Krebsbekämpfung enthält eine Reihe von Empfehlungen dazu, wie die Menschen in der EU ihr Krebsrisiko verringern können. Mit der Ausgabe 2025 wurden die Leitlinien zur Vorbeugung aktualisiert und erweitert. Dabei wurden die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und politischen Empfehlungen berücksichtigt.

## 2. Andere nicht übertragbare Krankheiten

Im Dezember 2021 rief die Europäische Kommission die EU-Initiative zu nicht übertragbaren Krankheiten „Healthier Together" (Gemeinsam gesünder) ins Leben. Ziel ist es, den Mitgliedstaaten dabei zu helfen, die erheblichen Belastungen aufgrund von nicht übertragbaren Krankheiten zu verringern und das Wohlergehen der Menschen zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit liegt auf den Bereichen psychische Gesundheit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

### a. Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

In der EU haben mehr als 84 Millionen Menschen psychische Probleme. Das ist in etwa jede bzw. jeder Sechste. Psychische Gesundheit ist Teil der EU-Agenda für öffentliche Gesundheit, beispielsweise über Initiativen wie die Gemeinsame Aktion der EU für psychische Gesundheit und Wohlbefinden (2013-2016). Aus dieser entstand der Europäische Aktionsrahmen für psychische Gesundheit und Wohlbefinden.

Da Selbstmord in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen die zweithäufigste Todesursache ist, sind Prävention, Aufklärung, Vermeidung von Stigmatisierung und Zugang zu Hilfsangeboten nach wie vor von zentraler Bedeutung. Im Jahr 2023 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung über eine umfassende Herangehensweise an das Thema psychische Gesundheit angenommen. Unterstützung bei psychischen und neurologischen Störungen wird auch mit der Initiative „Healthier together" angeboten. Im Januar 2026 wurde eine europäische Partnerschaft für Gehirngesundheit ins Leben gerufen.

### b. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lebensstilfaktoren

Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind die häufigste Todesursache in der EU. Menschen, die Drogen, Alkohol und Tabak konsumieren, erhöhen mit dieser Lebensführung ihr Risiko für Herzleiden erheblich. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf ihre Gesundheit. Diesen Risikofaktoren entgegenzutreten, ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Gesundheitspolitik der EU. Zu den Meilensteinen bei der Regulierung des Tabakkonsums gehören die Tabaksteuerrichtlinie aus dem Jahr 2011 und die Richtlinie über Tabakerzeugnisse aus dem Jahr 2014. Im Juli 2025 schlug die Europäische Kommission eine Überarbeitung der Richtlinie über Verbrauchsteuern auf Tabakwaren vor. Der Anwendungsbereich der Richtlinie soll auf neue Erzeugnisse ausgeweitet werden, und die Mindeststeuersätze sollen erhöht werden, um der Inflation und den Unterschieden bei den Preisniveaus in den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen.

Im Dezember 2025 stellte die Europäische Kommission den Plan zum Schutz der Herzgesundheit vor. Dieser Plan für die Gesundheit von Herz und Kreislauf zielt vor allem auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei stärker gefährdeten Gruppen ab. Das

Europäische Parlament arbeitet seit 2025 an einem Initiativbericht über eine EU-Strategie für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

### 3. Übertragbare Krankheiten und Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten verfügt über ein **Frühwarn- und Reaktionssystem**, um mögliche Ausbrüche übertragbarer Krankheiten und grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren zu erkennen und auf sie zu reagieren.

Der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss **koordiniert die Reaktion der EU auf Ausbrüche und Epidemien** und arbeitet mit der Weltgesundheitsorganisation zusammen. Er setzt sich aus Vertretern der Gesundheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten sowie Islands, Liechtensteins und Norwegens zusammen.

Im Jahr 2022 wurden die Mandate der Europäischen Arzneimittel-Agentur und des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten verlängert und es wurde eine neue Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren angenommen. Außerdem wurde die Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) eingerichtet. Durch sie soll die Vorsorge gegen schwerwiegende grenzüberschreitende Gefahren ausgebaut und besser auf diese reagiert werden.

Darüber hinaus leitete die Europäische Kommission im April 2025 eine öffentliche Konsultation ein. Diese soll in ihre Strategie für medizinische Produkte, die als Reaktion auf Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit eingesetzt werden, einfließen. Mit der Strategie soll dafür gesorgt werden, dass die EU auf Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit, wie chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen, vorbereitet ist und auf sie reagieren kann.

## C. Gesellschaftliche und demografische Veränderungen

Die EU steht vor folgender Herausforderung: Sie muss für eine hohe Lebensqualität ihrer **alternden Bevölkerung** und die Tragfähigkeit ihrer Gesundheitssysteme sorgen. Im Jahr 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Diskussionspapier zum Thema Altern. Es folgte ein Bericht zu den Folgen des demografischen Wandels in einem sich verändernden Umfeld mit dem Titel „The impact of demographic change in a changing environment“ im Jahr 2023. Die Kommission ermittelte, welche Herausforderungen sich aus der Alterung, dem Bevölkerungsrückgang und einer geringeren Erwerbsbevölkerung ergeben. In einer Mitteilung mit dem Titel „Demografischer Wandel in Europa: ein Instrumentarium zur Bewältigung der Herausforderungen“ stellte sie außerdem politische Instrumente zur Bewältigung des demografischen Wandels vor.

Auch **Migrationskrisen** stellen eine Herausforderung für die Gesundheitspolitik dar. Die Europäische Kommission veröffentlichte 2016 ihren Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen. Darin befasst sie sich mit den gesundheitlichen Benachteiligungen, denen Migrantinnen und Migranten gegenüberstehen, darunter Schwierigkeiten beim Zugang zu Gesundheitsversorgung. Im Jahr 2020 brachte die Europäische Kommission die Europäische Migrationsagenda und das Migrations- und Asyl-Paket auf den Weg. Ziel ist es, die politischen Maßnahmen der EU in diesem

Bereich weiter zu vereinheitlichen. Ab dem 1. Juli 2026 werden neue Verordnungen gelten.

Um **Ungleichheit zwischen Kindern** in Bereichen wie der Gesundheit zu verringern, wurde 2021 eine Europäische Garantie für Kinder eingeführt. Sie ist darauf ausgerichtet, soziale Ausgrenzung zu verhindern und zu bekämpfen, indem der effektive Zugang zu wichtigen Leistungen wie kostenloser Gesundheitsversorgung und gesunder Ernährung sichergestellt wird. Als ersten Schritt legen die Mitgliedstaaten nationale Pläne vor, in denen sie darlegen, wie sie die Europäische Garantie für Kinder bis 2030 umsetzen werden. Im Februar 2026 schlug das Europäische Parlament das Ziel vor, Kinderarmut bis 2035 zu beseitigen.

### D. Arzneimittel

Arzneimittel sind Stoffe oder Stoffzusammensetzungen, die als Mittel zur Behandlung oder zur Vorbeugung von Krankheiten beim Menschen bestimmt sind (siehe 2.2.5). Die EU hat mehrere Rechtsvorschriften erlassen, um die Zulassung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Arzneimitteln in der EU zu regeln. Dazu zählen:

— eine Richtlinie aus dem Jahr 2001 über Genehmigung, Herstellung, Einfuhr und Inverkehrbringen von Arzneimitteln (Richtlinie 2001/83/EG),

— eine Verordnung aus dem Jahr 2004 zur Festlegung von Verfahren für die Genehmigung von Arzneimitteln und von Vorschriften für ihre Überwachung sowie zur Errichtung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (Verordnung (EG) Nr. 726/2004).

Ein wichtiger Meilenstein war die Annahme des „Arzneimittelpakets", dank dem Arzneimittel besser verfügbar, zugänglicher und erschwinglicher werden sollen. Ziel des Pakets ist es, den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten besser gerecht zu werden, indem Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Dazu sollen Anreize für die Entwicklung von neuen antimikrobiellen Mitteln, Arzneimitteln für seltene Krankheiten und Behandlungen für Kinder geschaffen werden. Mit dem Paket soll außerdem die Versorgungssicherheit gestärkt werden, um die rechtzeitige Verfügbarkeit sicherer und erschwinglicher Arzneimittel in der gesamten EU zu gewährleisten.

Im März 2025 schlug die Europäische Kommission den Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln vor, um die Verfügbarkeit, Versorgung und Herstellung kritischer Arzneimittel zu verbessern. Zurzeit verhandeln das Europäische Parlament, der Rat der EU und die Europäische Kommission über den Rechtsakt.

### E. Elektronische Gesundheitsdienste (eHealth)

Die Gesundheitsversorgungssysteme der EU befinden sich derzeit in einem digitalen Transformationsprozess. Digitale Technologien und Informationsmanagementsysteme werden in verschiedene Aspekte des Gesundheitswesens eingebunden. Hierzu zählen die Nutzung elektronischer Patientenakten, Telemedizin, tragbare Geräte, mobile Apps, Datenanalyse und andere digitale Hilfsmittel. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist Teil der **EU-Strategie für einen digitalen Binnenmarkt**. Sie ist auf eine Harmonisierung der unterschiedlichen Rechtsrahmen und der Infrastruktur für digitale Systeme in den Mitgliedstaaten ausgerichtet.

Das **Netzwerk für elektronische Gesundheitsdienste** ist ein freiwilliges Netzwerk, das im Rahmen einer Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung eingerichtet wurde. Es bietet eine Plattform, um die nationalen Behörden miteinander zu vernetzen, die für elektronische Gesundheitsdienste zuständig sind.

Im Jahr 2018 legte die Europäische Kommission ihre **Prioritäten für die digitale Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege** fest. Dazu gehören ein sicherer Zugang zu Gesundheitsdaten für Menschen in der gesamten EU, personalisierte Medizin und bessere Forschung durch gemeinsame Dateninfrastruktur. Eine der Prioritäten ist außerdem die Stärkung von Einzelpersonen über digitale Instrumente für die Rückmeldungen von Patientinnen und Patienten und eine patientenorientierte Versorgung.

Dank der **digitalen eHealth-Diensteinfrastruktur** können Menschen aus einem Mitgliedstaat auch auf Reisen in anderen Mitgliedstaaten versorgt werden.

Im März 2025 trat die Verordnung über einen **europäischen Raum für Gesundheitsdaten** in Kraft. Einzelpersonen in der EU sollen die Möglichkeit bekommen, selbstbestimmt auf ihre eigenen Gesundheitsdaten zuzugreifen und diese zu verwalten. Außerdem soll die grenzüberschreitende Weiterverwendung von Gesundheitsdaten für Forschung und Innovation ermöglicht werden und gleichzeitig die Einhaltung der Datenschutzvorschriften gewährleistet sein. Das ist eine wichtige Errungenschaft der EU im Bereich der elektronischen Gesundheitsdienste. Bis März 2027 wird die Europäische Kommission voraussichtlich eine Reihe maßgeblicher Rechtsakte annehmen, um die Vorschriften für die Durchführung der Verordnung festzulegen.

### F. Bewertung von Gesundheitstechnologien

Gesundheitstechnologien umfassen Arzneimittel, Medizinprodukte, Diagnoseinstrumente, chirurgische Verfahren sowie Maßnahmen zur Prävention, Diagnose und Behandlung von Krankheiten. Bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien werden evidenzbasierte Daten über Gesundheitstechnologien systematisch bewertet. Dadurch wird sichergestellt, dass die Gesundheitspolitik sicher, erfolgreich, patientenorientiert und kosteneffizient ist. Bei der Bewertung wird auch der Mehrwert von Gesundheitstechnologien bestimmt, was als Richtschnur für nationale Entscheidungen über die Kostenerstattung für die Inanspruchnahme dient. Im Jahr 2021 wurde eine Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologien verabschiedet, die seit Januar 2025 schrittweise umgesetzt wird.

### G. Biotech-Verordnung und europäische Wettbewerbsfähigkeit

Im Dezember 2025 schlug die Europäische Kommission die Biotech-Verordnung vor, mit der Innovationen bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien, klinischen Prüfungen und Bioproduktion beschleunigt werden sollen. So sollen die europäische Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Gesundheitslösungen vorangebracht werden. Die Verordnung wird derzeit vom Ausschuss für öffentliche Gesundheit und vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments geprüft und diskutiert. Generell stellt die Europäische Kommission die Wettbewerbsfähigkeit

in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftsagenda, um die wachsenden Herausforderungen wie Klimawandel, KI und geopolitische Spannungen zu bewältigen. In ihrem Arbeitsprogramm 2026 kündigte sie einen Biotech-Rechtsakt II an, der voraussichtlich Ende 2026 vorgeschlagen wird.

## ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Von 2023 bis 2025 gab es für den Bereich öffentliche Gesundheit einen Unterausschuss im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments. Im Februar 2025 wurde er zu einem vollwertigen ständigen Ausschuss – dem Ausschuss für öffentliche Gesundheit –, der nun keinem Hauptausschuss mehr untergeordnet ist. Der Ausschuss kann nunmehr seine legislativen Prioritäten festsetzen. Als Reaktion auf Legislativvorschläge kann er Berichte annehmen, er kann dem Plenum Änderungsanträge vorschlagen und ein Verhandlungsteam benennen, das mit dem Rat der EU Verhandlungen über Rechtsvorschriften führt. In seine Zuständigkeit fallen Programme und Maßnahmen in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Arzneimittel und Medizinprodukte, Gesundheitskrisenvorsorge und -reaktion sowie psychische Gesundheit und Patientenrechte. Außerdem überwacht der Ausschuss die Arbeit der Europäischen Arzneimittel-Agentur und des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten. Nicht zuletzt steht er in regelmäßigem Kontakt mit der Weltgesundheitsorganisation.

Diese Kurzdarstellung wurde von der Fachabteilung Transformation, Innovation und Gesundheit des Europäischen Parlaments ausgearbeitet. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auf der Website des Ausschusses für öffentliche Gesundheit.

Anne-Marie Finnemann / Ioana-Alice POSTU
04/2026